

## **IG Metall legt Memorandum vor – Bezirkskonferenz in Böblingen am 31. Mai 2011**

### **Anforderungen an Grün-Rot**

Die IG Metall Baden-Württemberg hat am Montag (30. Mai 2011) in Stuttgart ihr **landespolitisches Memorandum** mit dem Titel „Bausteine für eine ökologisch und sozial nachhaltige Zukunft Baden-Württembergs“ vorgelegt. Darin fordert die Gewerkschaft die Stärkung des Industriestandortes und den Wandel des Landes zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Einen Tag später wurde es im Rahmen der **62. Bezirkskonferenz** an den neuen **Ministerpräsidenten des Landes, Winfried Kretschmann**, und **Nils Schmid**, den frisch gekürten **Finanz- und Wirtschaftsminister** Baden-Württembergs übergeben.

Das Medienecho war groß, die Reaktion der Regierung deutlich: **Ministerpräsident Kretschmann** hat ebenso wie sein Vize Schmid auf der Konferenz vor den über 200 Teilnehmern versprochen, Baden-Württemberg zum **Musterland für Gute Arbeit** zu machen. Die zunehmende Spaltung der Arbeitswelt in gute und prekäre Jobs sei für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft nicht förderlich. Kretschmann kündigte an, „alles dafür zu tun, dass aus möglichst vielen Jobs, die momentan noch prekär sind, letztlich feste und verlässliche Arbeitsverhältnisse werden.“ Er bezeichnete außerdem den Automobilbau als das „Rückgrat der Wirtschaft im Lande“. Baden-Württemberg „soll ein weltbedeutender Autostandort bleiben.“

Auch **Wirtschafts- und Finanzminister Schmid** machte deutlich, es gehe nicht darum, weniger Autos zu produzieren, sondern andere. „Ich will, dass modernste Fahrzeuge auch künftig hier bei uns gefertigt werden und Arbeitsplätze schaffen.“

**IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann** hatte zuvor in seinem Geschäftsbericht beklagt, dass das Plus von 11.000 Beschäftigten seit März 2010 wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirke, angesichts des Abbaus von 70.000 Mitarbeitern während der Krise. „**Der wirtschaftliche Aufschwung ist bei den Beschäftigten noch nicht angekommen**“, so Hofmann. Bewältigt werde der Zuwachs vor allem über Mehrarbeit und befristete Jobs. „Was wirklich floriert, ist die Leiharbeit“, moniert der Gewerkschafter. Dort seien alleine in Baden-Württemberg seit Ende der Krise rund 40.000 neue Jobs entstanden. In der Metall- und Elektroindustrie arbeiten derzeit etwa 43 Prozent der über 90.000 Leiharbeitnehmer im Südwesten. „Viele Betriebe tauschen systematisch ihre Stammelegschaften gegen prekäre Arbeitsverhältnisse“, kritisiert Hofmann.